Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2961 (neu)

12. 06. 79

Sachgebiet 75

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Narjes, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Lenzer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Gerstein, Kolb, Dr. Czaja, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Hubrig, Pfeffermann, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, von Hassel, Benz, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU

Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich darzulegen, wie sie sich

— in Anbetracht der rapiden Preiserhöhung und

— der sich abzeichnenden Verknappungserscheinungen auf den Weltmineralölmärkten sowie

— der sich zuspitzenden Diskussion um die Kernenergie

eine ausreichende Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland kurz-, mittel- und langfristig vorstellt.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert zu sagen, wie sie den Hinweis des Bundeskanzlers auf mögliche kriegerische Verwicklungen in der Auseinandersetzung über die Ölversorgung beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

II.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, in Anbetracht der Gesamtversorgungslage eine Neufassung der deutschen Energiepolitik bis zum 1. Oktober 1979 vorzulegen.

Die Perspektiven und Rahmendaten dieser Neufassung sollen unter Beachtung der Regeln marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik enthalten:

1. Zeithorizonte, die im Regelfall auf das Jahr 2000 und auf die darüber hinaus erkennbaren Entwicklungen (unter Be-

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

rücksichtigung der von der 10. Weltenergiekonferenz bis zum Jahr 2020 und der vom Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse bis zum Jahr 2030 durchgeführten Untersuchungen) abzustellen sind. Sie müssen jedenfalls soweit reichen wie die heute fälligen und am längsten wirkenden strukturbestimmenden Investitionsentscheidungen der Energiewirtschaft.

2. Eine umfassende Darstellung der Versorgungsrisiken bei allen Primärenergiearten.

3. Eine Ölpolitik, die den bisher vorgesehenen Anteil des Importöls an der Primärenergieversorgung 1990 und 1995 deutlich und auch mit international ins Gewicht fallenden Mengen mindert.

4. Vorkehrungen zur nachhaltigen Verbesserung der Sicherung gegen kurzfristige Versorgungsstörungen aufgrund politischer Risiken bei Rohöl, Gas, Kohle und Uran.

5. Vorstellungen darüber, wie dem beträchtlichen Einsparungspotential und ökologischen Erfordernissen Rechnung getragen und auf den nachgenannten Gebieten die Markteinführung neuer Technologien gefördert werden kann:

   a) auf den Wärmemärkten

      — durch Aufklärung und Information über Sparmaßnahmen,

      — Ausbau der Kraft-Wärmekoppelung und der Fernwärmeversorgung einschließlich nuklearer Fernwärme,

      — verstärkten Einsatz des Gases für Haushalt, Handel und Gewerbe,

      — Nutzung der Umgebungswärme für die Gebäudeheizung durch Wärmepumpen, kombiniert mit Wärmespeichern und

      — direkte Nutzung der Sonnenenergie für die Brauchwassererzeugung;

   b) im Verkehrssektor durch

      — Maßnahmen zur Veränderung der für den Motorenbau der Kraftfahrzeuge erheblichen staatlichen Rahmendaten, insbesondere des Steuerrechts, mit dem Ziel der Verdrängung des Importöls.

6. Eine unzweideutige Aussage der Bundesregierung darüber, ob sie eine realistische Alternative für einen Verzicht auf Kernenergie sieht und anstrebt.

7. Vorkehrungen, die den bedarfsgerechten, Sicherheit der Bevölkerung und die Umwelt berücksichtigenden Ausbau der Kernenergie über 1985 hinaus bis zum Jahr 2000 sicherstellen, auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse revierferner und strukturschwacher Regionen. Dasselbe gilt für die beschleunigte Bereitstellung nuklearer Prozeßwärme insbesondere durch die Abkürzung der für die Ein-

führung des Hochtemperatur-Reaktors vorgesehenen Fristen.

8. Umfassende Maßnahmen zur Sicherung des Baus von Kohlekraftwerken sowie Anreize zur beschleunigten Entwicklung und großtechnischen Einführung von Kohleveredelungstechnologien, die einen nennenswerten Beitrag der Veredelung von Braunkohle und Steinkohle zur Energieversorgung spätestens ab 1990 gewährleisten.

9. Eine Stellungnahme zu den langfristigen Förder- und Liefermöglichkeiten des deutschen Steinkohlenbergbaus für den inländischen Bedarf einschließlich der Vorlage eines Überblicks über notwendige Maßnahmen und Entscheidungen zum Erhalt und Ausbau der Förderkapazitäten sowie eine Abschätzung unseres künftigen Importbedarfs an Steinkohle nach Zeit und Menge sowie ein Überblick über die Maßnahmen, die zur Sicherstellung dieses künftigen Importbedarfs erforderlich erscheinen.

10. Darlegungen, ob sie die beschleunigte Einführung moderner, umweltfreundlicher Kohleverbrennungstechniken auf den Wärmemärkten durch geeignete Anreize für erforderlich hält.

III.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert darzustellen, welchen Beitrag die Politik der Bundesregierung zur Lösung der Energieprobleme der Länder der Dritten Welt mittel- und langfristig leisten soll.

Bonn, den 12. Juni 1979

Dr. Dollinger
Dr. Narjes
Pfeifer
Dr. Riesenhuber
Lenzer
Dr. Waigel
Dr. Laufs
Gerstein
Kolb
Dr. Czaja
Dr. Probst
Engelsberger
Dr. Hubrig
Pfeffermann
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
Dr. Stavenhagen
Frau Dr. Walz
von Hassel
Benz
Dr. Jenninger
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Weigerung der Bundesregierung, ihre Energiepolitik in dieser Legislaturperiode über die von ihr am 16. Mai 1979 gefaßten Beschlüsse hinaus zu verändern, verletzt angesichts der überaus risikoreichen Versorgungslage vitale deutsche Interessen. Ihre Handlungsunfähigkeit hat zusammen mit zahlreichen einander widersprechenden Forderungen aus dem Lager der sie tragenden Koalitionsparteien zu einer beispiellosen energiepolitischen Verunsicherung und Verwirrung geführt. Während Bundesregierung und Bundeskanzler längere Zeit von vorübergehenden Störungen bei der Energieversorgung sprachen, die leicht behoben werden können, hält Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff einen Heizöl-Engpaß für möglich und fordert der Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. von Dohnanyi bereits drastische Verbote, damit das Energiedilemma nicht zur Energiekatastrophe werde.

Während der Bundeswirtschaftsminister die Versorgungsstörungen mit marktwirtschaftlichen Mitteln überwinden will, schließt der Bundesminister für Forschung und Technologie dirigistische Maßnahmen nicht aus. Es ist deshalb notwendig, daß die Bundesregierung unverzüglich ein langfristiges klares Konzept für eine ausreichende und sichere Energieversorgung vorlegt, damit die Verbraucher und die Energiewirtschaft wieder wissen, an welcher Politik und welchen Entwicklungen sie ihre Entscheidungen zu orientieren haben.